

---

**Die deutsch-algerischen Beziehungen.  
Energiepartnerschaft als Neustart?**

---

**Christoph Partsch**

*April 2014*

Comité d'études des relations franco-allemandes



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text  
geäußerten Standpunkte trägt der Autor.*

Diese „Note du Cerfa“ wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der

**Robert Bosch Stiftung**

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères gefördert.



Herausgeber: Dr. Yann-Sven Rittelmeyer und Prof. Dr. Hans Stark

ISBN: 978-2-36567-269-6

© Ifri – 2014 – Tous droits réservés

Ifri  
27 rue de la Procession  
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE  
Tel.: +33 (0)1 40 61 60 00  
Fax: +33 (0)1 40 61 60 60  
Email: [accueil@ifri.org](mailto:accueil@ifri.org)

Ifri-Bruxelles  
Rue Marie-Thérèse, 21  
1000 – Bruxelles – BELGIQUE  
Tel.: +32 (0)2 238 51 10  
Fax: +32 (0)2 238 51 15  
Email: [info.bruxelles@ifri.org](mailto:info.bruxelles@ifri.org)

Website: [ifri.org](http://ifri.org)

# Autor

---

Christoph Partsch ist Geschäftsführer der deutsch-algerischen Auslandshandelskammer in Algier sowie Anwalt in seiner auf internationale Transaktionen spezialisierten Kanzlei in Berlin.

Er hat in Bonn, Freiburg, Genf, Kiel und Durham, North Carolina, studiert. Er promovierte bei Prof. Schmidt-Jortzig in Kiel zum Informationsfreiheitsrecht.

*Der Text spiegelt die Standpunkte des Autors wider. Die Organisationen, die er repräsentiert, können für den Inhalt nicht verantwortlich gemacht werden.*

# Zusammenfassung

---

Die deutsch-algerischen Beziehungen werden offiziell von beiden Seiten als traditionell gut und freundschaftlich bezeichnet. Sie beruhen jedoch auf der außenpolitischen Ebene Deutschlands derzeit noch auf Fehleinschätzungen gegenüber dem sogenannten arabischen Frühling, was zu einem Desinteresse gegenüber Algerien führte. Auf der anderen Seite isoliert Algeriens Reformunwille das Land politisch wie wirtschaftlich. Entscheidend wird für Algeriens Entwicklung der Weltmarkt für Energie sein.

Die auf dem Energiemarkt bestehenden Kooperationsmöglichkeiten haben beide Länder bisher nicht genutzt bzw. verpasst. Algerien steuert, als eines der derzeit stabilsten Länder Nordafrikas, spätestens in fünfzehn Jahren auf eine Instabilität zu, die ganz Europa, auch Deutschland, motivieren sollte, sich stärker mit dem größten und zur Zeit reichsten Land Afrikas zu beschäftigen.

# Executive Summary

---

Bilateral relations between Germany and Algeria are officially described, by both sides, as good and friendly. Nevertheless, in Germany, errors in assessment of the 'Arab spring' led to a lack of interest in Algeria, and still affect German foreign policy. Furthermore, the lack of reform in Algeria isolates the country both politically and economically, while it looks as if the evolution of the world energy market will be decisive for its development.

The two countries have under-exploited, even totally neglected, the possibilities for cooperation on the energy market. Algeria may currently be one of the most stable countries in North Africa, but it will undergo some turmoil within the next fifteen years. This perspective should provoke a stronger response from the whole of Europe, and Germany in particular, leading it to engage more with the biggest African country, and still the richest one.

# Inhaltverzeichnis

---

<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>5</b>
<b>DIE ABGEBROCHENE HISTORISCHE BEZIEHUNG.....</b>	<b>7</b>
<b>VERSUCHE EINES NEUBEGINNS .....</b>	<b>9</b>
<b>Verpasste Chancen auf politischer Ebene .....</b>	<b>9</b>
<b>Ein investitionsfeindliches Klima .....</b>	<b>10</b>
<b>ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN.....</b>	<b>12</b>
<b>Die Kooperation im Energiesektor als Dreh- und     Angelpunkt .....</b>	<b>12</b>
<b>Energiepartnerschaft als Sicherheitsgarant.....</b>	<b>14</b>
<b>FAZIT .....</b>	<b>15</b>

# Einleitung

---

*„Wir spüren alle, dass sich seit der tunesischen Jasminrevolution in der Welt etwas geändert hat. Was in der verknöcherten, komplizierten und schwarzseherischen arabischen Welt unmöglich schien, ist nun eingetreten: Die Menschen kämpfen für die Freiheit, sie engagieren sich für die Demokratie, sie öffnen Türen und Fenster, sie blicken in die Zukunft, und diese Zukunft soll erfreulich und soll ganz einfach menschlich sein. Was derzeit geschieht, ist meines Erachtens nicht nur eine Jagd auf alte bornierte und harthörige Diktatoren, und es beschränkt sich nicht auf die arabischen Länder, sondern es kommt eine weltweite Veränderung auf, eine kopernikanische Revolution: die Menschen wollen eine echte universelle Demokratie, ohne Grenzen und ohne Tabus. Alles, was dem Leben Gewalt antut, es verarmen lässt, es beschränkt und denaturiert, ist dem Gewissen der Weltunerträglich geworden und wird mit aller Macht abgelehnt. Die Menschen lehnen Diktatoren ab, sie lehnen Extremisten ab, sie lehnen das Diktat des Marktes ab, sie lehnen den erstickenden Zugriff der Religion ab, sie lehnen den anmaßenden und feigen Zynismus der Realpolitik ab, sie verweigern sich dem Schicksal, auch wenn jenes das letzte Wort haben mag, sie lehnen sich gegen alle Arten von Verschmutzern auf; überall empören sich die Leute und widersetzen sich dem, was dem Menschen und seinem Planeten schadet. Es entsteht ein neues Bewusstsein, und in der Geschichte der Nationen ist das eine Wende, wie man das in Ihrem Land beim Fall der Mauer nannte.“ Boualem Sansal, Dankesrede, Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2011*

Es war vielleicht die euphorische Rede von Boualem Sansal anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 2011 in Frankfurt, eher aber noch waren es die Fernsehbilder von protestierenden Studenten in Tunis oder Kairo, kommentiert von frisch eingeflogenen, überschwänglich kommentierenden Journalisten ohne Arabienkenntnis, die die deutsche Außenpolitik der letzten vier Jahre bewogen, sich allein den angeblichen Reformstaaten im Maghreb zuzuwenden. Gegenstimmen wurden in den deutschen Talk-Shows und von der Politik nicht mehr angehört, so zum Beispiel Peter Scholl-Latour, als er sagte: „Mit dem Begriff arabischer Frühling bin ich sehr vorsichtig.

Es gab ja schon einmal einen arabischen Frühling, der in Europa aber ignoriert wurde. Das war Anfang der 1990er-Jahre in Algerien...<sup>1</sup>

Unbemerkt davon entwickelt sich die Weltwirtschaft dahingehend, dass Erdöl und Erdgas aus Algerien immer weniger gebraucht werden, während gleichzeitig der Binnenverbrauch an Energie und Konsumartikeln explosionsartig wächst. Diese diametralen Entwicklungen treffen auf eine algerische Regierung, die sich der Reform verweigert. Algerien macht es damit zur Zeit selbst den Gutwilligsten in Deutschland schwer, die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen oder strategischen Partnerschaft zu erkunden.

---

<sup>1</sup> Peter Scholl-Latour, *Bulletin des Crédit suisse*, 1/2012, S. 9.



# Die abgebrochene historische Beziehung

---

Die deutsch-algerischen Beziehungen hatten auf politischer wie wirtschaftlicher Ebene durchaus vielversprechend begonnen, was heute – außer bei den derzeitigen algerischen Führern - völlig vergessen ist.

In ihrem Buch „La République fédérale d'Allemagne et la Guerre d'Algérie“ beschreiben Jean-Paul Cahn und Klaus-Jürgen Müller, dass Deutschland unter Konrad Adenauer es verstand, parallel zu seiner Politik der Aussöhnung mit Frankreich unter Charles de Gaulle, die Dekolonisierung Algeriens materiell wie politisch massiv zu unterstützen. Federführend agierte dabei die sozialdemokratische Opposition mit dem Abgeordneten Wischnewski. Die Unterstützung reichte bis hin zu Waffenexporten – mitorganisiert durch die SPD und die deutschen Gewerkschaften im Raum Köln. Die Exporte wurden durch die aus französischer Besatzungszeit zurückgelassenen algerischen Arbeiter im Saarland und in Nordrhein-Westfalen organisiert. Die SPD und die deutschen Gewerkschaften, aber auch die Sicherheitskräfte in Deutschland, nahmen es dabei offenbar hin, dass die algerischen Untergrundgruppen in diesen Arbeiterkolonien mit immer brutaleren Mitteln ihren Finanzbedarf eintrieben, um damit Waffen in der DDR zu erwerben. Diese wurden dann über den Hafen in Hamburg verschifft und trotz einer vehementen Blockade durch die französische Marine, insbesondere gegenüber deutschen Schiffen, an den algerischen Widerstand geliefert. Hinzu kam, dass eine Mischung aus verbliebenen Soldaten der Rommel-Armee, desertierten deutschen Fremdenlegionären und linken „Dekolonisierungsabenteurern“ der FNL in ihrem Kampf gegen die französische Regierung und deren algerische Unterstützer halfen. Auch wenn die französische Algerienpolitik sicher den größten Anteil daran hatte, dass die gemäßigten, kultivierten Kreise des algerischen Bürgertums und Widerstands verdrängt und später vernichtet wurden, so hat auch die deutsche Seite ihren Beitrag zur Radikalisierung des algerischen Widerstands und der späteren Regierung gesetzt. Gleichwohl verfügte Deutschland mit dem SPD-Abgeordneten Wischnewski und vielen Gewerkschaftlern über beste Kontakte zu den neuen Machthabern Algeriens.

Nach der Unabhängigkeit des Landes wich der Enthusiasmus des gemeinsamen Dekolonisierungskampfes jedoch schnell der Ernüchterung. Hintergrund war, dass die deutsche Sozialdemokratie wie auch das algerische Volk die letzten Machtverschiebungen der neuen algerischen Führung nicht mitbekommen hatten. Noch während der Verhandlungen in Evian hatte sich eine Gruppe von algerischen

politischen und militärischen Führern in Algerien durchgesetzt, die in Marokko aufgebaut worden und mit den tatsächlichen Führern im Algerienkrieg allerhöchstens teildentisch war. Jedenfalls gelang es der Bundesrepublik Deutschland nicht, politisches Kapital aus ihrer Unterstützung während des algerischen Unabhängigkeitskampfes für die Zeit nach der Staatsgründung zu schlagen. Algerien wiederum verstand nicht, wie empfindlich die Bundesrepublik auf die Kontakte Algeriens zur DDR reagierte. Dass Algerien sich nicht dem Ostblock anschloss, sondern blockfrei blieb, wurde von der offiziellen Außenpolitik der Bundesrepublik nicht als Erfolg verbucht. Intern herrschte bei der in Regierungsverantwortung kommenden Sozialdemokratie daher das Gefühl des Undanks.

Wirtschaftlich gesehen war dies nicht berechtigt, da die Bundesrepublik schnell zum bedeutendsten Partner Algeriens heranwuchs. Der Versuch der Industrialisierung Algeriens wurde fast ausschließlich durch den westdeutschen Maschinenbau gefördert. Nimmt man die Exporte der DDR hinzu, war Deutschland lange Zeit Wirtschaftspartner Nummer 1 von Algerien. Diese deutschen Maschinen laufen immer noch und sind das Rückgrat des Restbestands des algerischen Mittelstands. Der wirtschaftliche Einfluss beider deutschen Staaten wie auch der Wille der algerischen Regierung zur Kooperation zeigte sich ebenfalls daran, dass in vielen algerischen Schulen Deutsch als Fremdsprache angeboten und genutzt wurde.

Diesen guten Wirtschaftsbeziehungen machte zunächst die Erdölkrise 1986 ein Ende, als der Barrelpreis von 30 auf 10 Dollar sank. Darauf war Algerien nicht vorbereitet. Das Land hatte ab 1960 seine französischen Groß- und Kleinbauern wie auch seine europäische Mittelschicht vertrieben oder verloren. Der Aufbau einer Schwerindustrie nach sozialistischem Vorbild erwies sich als Desaster. Das Land war 1986 zu über 60 % vom Erdölexport abhängig. Der Sturz des Erdölpreises verursachte daher zunächst eine Finanz-, dann eine Staatskrise, die im „schwarzen Jahrzehnt“, also dem algerisch-algerischen Bürgerkrieg 1992 bis 2002, mündete. Für deutsche Firmen brach damit der algerische Markt zusammen. Die deutsche Botschaft wurde zwar nicht abgezogen, jedoch reduziert und vernichtete Teile ihrer Akten in der Befürchtung eines gewaltsamen Umsturzes. Sie vernichtete damit aber auch einen Teil ihres Wissens über Algerien. Die deutsche Schule wurde geschlossen, ebenso der deutsch-algerische Kindergarten. Beide wurden bis heute nicht wiedereröffnet. Das deutsch-algerische zivile Leben brach zusammen und verlagerte sich in bis heute privat gehaltene Beziehungen.

Die französisch-algerischen Beziehungen haben nicht nachhaltig unter dem algerischen Bürgerkrieg gelitten. Trotz aller antifranzösischen Rhetorik der algerischen Regierung ist Paris bis heute unangefochten erster Handelspartner Algeriens.

# Versuche eines Neubeginns

---

## *Verpasste Chancen auf politischer Ebene*

Nach dem Bürgerkrieg versuchte Algerien wiederum sehr vorsichtig, sich von der französischen Führung zu emanzipieren. So stattete Präsident Bouteflika Anfang April 2001, als erster algerischer Präsident, Deutschland einen offiziellen Besuch ab. Neun Jahre später erfolgte im Dezember 2010 ein Zweiter in Berlin. Der Besuch von Bundespräsident Köhler im November 2007 war der erste Staatsbesuch eines deutschen Bundespräsidenten in Algerien. Im Juli 2008 traf Bundeskanzlerin Merkel in Algerien ein. Der Bundeskanzlerin und dem damals agierenden deutschen Botschafter Johannes Westerhoff gelang es, eine Reihe von Vorhaben mit deutschen Unternehmen anzubahnen. Die algerische Verwaltung brauchte aber fast fünf Jahre, um diese Ideen in Verträge umzusetzen. Dazu zählen etwa der Moscheebau in Algier oder der Verkauf von Fregatten durch Thyssen.

Der so genannte arabische Frühling hat die derzeitige Führung in Algerien nicht erschüttern können. Der Publizist Peter Scholl-Latour nannte die Bürgerkriegserfahrungen der Algerier, die intransparenten Führungsstrukturen wie auch die Erdölrente als Gründe für das Ausbleiben von Unruhen und Regimewechsel. Diese Gründe wurden aber von der außenpolitischen Szene Deutschlands nicht wahrgenommen. Teils aus persönlichen Gründen, teils weil sie vielleicht angewiesen wurden, konnten die deutschen Botschafter nach 2009 an der Bedeutungslosigkeit der deutschen Außenpolitik in Algerien nicht viel ändern. Dies liegt sicher auch daran, dass der ehemalige Außenminister Westerwelle den arabischen Frühling als prioritär einschätzte und Algerien entsprechend ignoriert werden sollte. Zwei Kurzvisiten Westerwelles 2012 und 2013 waren denn auch eher Zumutungen für die Algerier, als ein Beitrag zur Wiederaufnahme eines sinnvollen außenpolitischen Dialogs. Dem standen die konzentrierten und wohlvorbereiteten Besuche der politischen Vertreter fast aller Wirtschaftskonkurrenten Deutschlands, zu nennen sind Frankreich, die Türkei, Südkorea, China oder die USA, gegenüber.

## ***Ein investitionsfeindliches Klima***

Gerade bei einem top-down verwalteten Land wie Algerien, gelang es der deutschen Wirtschaft nicht, diese negativen Vorgaben der deutschen Politik vollständig aufzufangen. Es mangelte bei entscheidenden Vorhaben an einer Wirtschaftsaußenpolitik Deutschlands, die sich nachhaltig für deutsche Interessen und die Vergabe von Aufträgen an deutsche Unternehmen einsetzte. Dem Auftreten der USA, welche Terrorismusabwehrung gegen Schutzgeld in Form von Aufträgen verlangt, hat die deutsche Politik bisher nichts entgegengesetzt. Der deutsche Wirtschaftsminister ließ sich sogar durch einen Hinweis auf eine angebliche Terrorgefahr seitens des US-Geheimdienstes von einer Reise zur Unterstützung der deutschen Industrie abbringen. Der Auftrag ging dann an ein US-Unternehmen.

Algerien hat alle Anzeichen von Unruhe aufgefangen, indem das Land u.a. bis zu vierzigprozentige Lohnerhöhungen für die Verwaltung vorgenommen hat, welche den individuellen Konsum massiv angekurbelt haben. Von diesem Konsum hat die deutsche Industrie in vielen Bereichen, insbesondere beim Automobilexport mit bis zu 50 % Umsatzwachstum, profitieren können. Zudem führt der Wunsch Algeriens sich zu reindustrialisieren zu steigenden, weiterhin jedoch geringen, Auftragsvolumina für die deutsche Industrie, da mittlerweile mit China, Südkorea und der Türkei ernstzunehmende Wettbewerber auf dem internationalen Markt auftreten. Hinzu kommt, dass die deutsche Wirtschaft von der deutschen Außenpolitik bis zur Ära Kinkel gar nicht und danach nur zaghaft unterstützt wurde.

Allerdings überschätzt Algerien seine Rolle als Investitionspartner Deutschlands weit. Nur zwei Prozent der deutschen Exporte gehen nach Afrika. An der Spitze der deutschen Exportpartner in Afrika steht Südafrika auf Position 27, Algerien rangiert weit abgeschlagen. Die algerischen Investitionsbedingungen gehören weltweit zu den schlechtesten. Entscheidend dafür ist nicht einmal die Fehlentscheidung aus dem Jahre 2009, Ausländern nur 49 % an einer algerischen Produktionsgesellschaft zuzugestehen. Entscheidend sind die Rechtsunsicherheit, die Unberechenbarkeit einer hypertrophen Verwaltung und die Intransparenz aller Vergabeentscheidungen. Die Einsetzung einer algerischen „Geschäftsklima“-Kommission im Jahr 2013 hätte helfen können, wenn diese Kommission nicht nach zwei Sitzungen wieder ihre Arbeit ergebnislos eingestellt hätte. Durch das neue Finanzgesetz 2014 hat Algerien seine Unattraktivität noch gesteigert, indem es nun auch für Handelsgesellschaften, die von allen Seiten kritisierte 49/51-Regelung einführte. Es bewies damit leider auch, dass die derzeitige Regierung weder ihren internationalen Partnern zuhört, noch die Gründe für mangelnde Investitionen zur Kenntnis nimmt. Man versucht lediglich, den gestiegenen Konsum und die damit verbundenen Importe mit administrativen Mitteln zu verringern. Der Misserfolg ist vorhersehbar. In

den letzten fünf Jahren ist die Abhängigkeit Algeriens von Erdöl- und Erdgasexporten daher auf schwindelerregende 99,6 % gestiegen.

Einzig auf dem Rüstungsmarkt ist Algerien, welches weltweit den neunten Platz bei den Einkäufern darstellt, ein ernstzunehmender Partner deutscher Unternehmen geworden. Dies mag auch daran liegen, dass der militärisch bestimmte Wirtschaftskomplex Algeriens sich durch höhere Professionalität auszeichnet. Gerade dieser Wirtschaftsbereich ist, im Vergleich zu anderen Staaten, aber von der deutschen Diplomatie aus innenpolitischen Gründen in den vergangenen Jahren nahezu ignoriert worden.

Gleichwohl gelingt es immer wieder selbst kleineren deutschen Unternehmen, ihre wettbewerbsfähigen Produkte nach Algerien zu verkaufen. Dies liegt zum einen daran, dass der Erdölgigant Sonatrach wie auch die wenigen algerischen Privatunternehmen Wert auf Qualitätsprodukte legen. Zum anderen bevorzugt der algerische Konsument etwa im Bereich Automobil oder Pharmaka Qualität und Marken. Starke Zurückhaltung herrscht jedoch bei den Investitionen deutscher Unternehmen in Algerien. Angesichts eines zumeist boomenden Marktes in Asien, war die deutsche Wirtschaft oft nicht bereit, die Zumutungen und Unzulänglichkeiten des algerischen Marktes hinzunehmen.

Im Ergebnis ist Frankreich politisch noch stärker als zuvor an die erste Stelle gerückt. Auch wenn der Militäreinsatz Frankreichs in Libyen ohne eine langfristige politische Strategie oder gar Taktik erfolgte, ist Frankreich wieder der politisch und wirtschaftlich bestimmende Faktor in Nordafrika. Beobachter sprechen von einer Umzinglung Algeriens, andere Stimmen gehen davon aus, dass Frankreich schon lange das Geschehen in Algerien bestimmt. Dass Präsident Bouteflika sich im Sommer 2013 und Januar 2014 über Monate in ein französisches Militärhospital zurückzog, spricht Bände.

Außenminister Westerwelle hat an einem seiner letzten Amtstage im Tagesspiegel vom 15. Dezember 2013 zugegeben, den arabischen Frühling zu optimistisch angegangen zu sein.<sup>2</sup> Deutschland steht politisch somit nun vor einem zweiten Neubeginn seiner Beziehungen mit Algerien.

---

<sup>2</sup> Interview mit Guido Westerwelle, « In meiner Amtszeit war deutsche Aussenpolitik Friedenspolitik », *Der Tagesspiegel*, 15/12/2013,

<http://www.tagesspiegel.de/politik/guido-westerwelle-im-interview-in-meiner-amtszeit-war-deutsche-aussenpolitik-friedenspolitik/9218714.html>  
(abgerufen am 18/03/2014).

# Zukünftige Herausforderungen

---

Ob Frankreich und die derzeitige algerische Führung die Herausforderungen für Algerien sehen und lösen können, darf jedoch bezweifelt werden. Für Deutschland ergeben sich zwei wichtige Felder der Kooperation mit Algerien, in die auch Frankreich einbezogen werden sollte.

## ***Die Kooperation im Energiesektor als Dreh- und Angelpunkt***

Algerien wird sich binnen Kürze zu einem Stromimporteur wandeln, ohne darauf vorbereitet zu sein. Insbesondere durch den rasanten Wohnungsbau steigt der Stromverbrauch im Norden Algeriens um bis zu 18 %, im Süden sogar um bis zu 24 % pro Jahr. Diesem gigantischen Wachstum kann das derzeitige Netz wie auch die gesamte Infrastruktur nicht standhalten. Im Sommer gefährden mehrmalige Stromausfälle pro Tag die heimische Produktion; sie bergen auch enormen sozialen Sprengstoff.

Algeriens Fördervolumen von Kohlenwasserstoffen ist 2013 erstmals um 4 % gesunken. Dies wird zum einen auf den Anschlag in In Amenas, zum anderen auf einen erheblichen Instandhaltungsrückstau, gerade bei den Pipelines, und zum dritten auf das Versiegen der derzeitigen Ölfelder zurückgeführt. Durch seine Wirtschafts- und Sicherheitspolitik befindet sich Algerien nur noch mit den wenigen verbliebenen internationalen Interessenten in Verhandlungen und rückt damit in eine schlechte Position. Hinzu kommt, dass der Erdölpreis langsam unter die magische Grenze von 100 Dollar pro Barrel sinkt, welche aber nach vielzähligen Expertenmeinungen erforderlich ist, um den algerischen Haushalt zu finanzieren.

Die Situation wird sich für Algerien weiter verschlechtern, wenn die USA, der größte Abnehmer von algerischem Gas, sich in Hinblick auf ihre heimische Schiefergasproduktion zurückziehen. China könnte als Abnehmer die USA ersetzen, scheint aber eher auf heimische Energiegewinnung zu setzen.

Durch die große Abhängigkeit Algeriens von Erdöl- und Erdgasexporten werden dem Land somit in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren Einnahmequellen wegfallen.

Von den USA gefördert, hat die Regierung daher die Gewinnung von Schiefergas als neue Wunderwaffe entdeckt und sie ihrem Volk präsentiert. Angesichts der nicht vergleichbaren geologischen Gegebenheiten zwischen der Sahara und North Dakota, scheint Schiefergas kaum geeignet, um die Probleme Algeriens zu lösen. Gleichwohl ist es einer starken Lobby in der Erdölindustrie gelungen, die algerische Regierung davon zu überzeugen, vollständig auf Schiefergas als Komplementärenergiereserve zu setzen. Der algerische Energieminister hat bereits erklärt, dass damit die Energieprobleme Algeriens für alle Zeiten gelöst sein werden.

Von Frankreich derzeit gefördert, will man bis 2025 mehrere Atomreaktoren an die durch Erdbeben gefährdete Mittelmeerküste bauen. In Deutschland sind viele der Auffassung, dass Frankreich sich überlegen sollte, ob es dieses Risiko im Mittelmeerraum eingehen will.

Algerien hat Deutschlands Energiewende mit Verzögerung wahrgenommen und erst im Jahr 2011 in einem gigantischen Investitionsprogramm pro forma aufgegriffen. Bedauerlicherweise sind die diesem Programm entsprungene, wenigen gemeinsamen Projekte durch Fehler auf beiden Seiten bisher gehemmt worden. So scheiterte der Bau eines Solarturms bisher, sowohl an der wenig seriösen Verhandlungstaktik des deutschen Umweltministeriums, welches zeitweise gar nicht über das Budget für die Förderung verfügte, wie auch an den sich ständig ändernden algerischen Forderungen. Die Vergabe der Produktion von Solarzellen in Algerien scheiterte daran, dass die algerischen Verhandlungspartner die Naivität des deutschen Partners ausnutzten und diesem durch Vertragserfüllungsbürgschaften die Liquidität so weit entzogen, dass dieser Insolvenz anmelden musste. Als die algerische Regierung dann 2012 und 2013 verstärkt nach deutscher Solarenergietechnologie fragte, befand sich diese Industrie in Deutschland durch den übereilten Ausstieg aus der überbordenden Förderung im freien Fall. Algerien vermochte es aber noch nicht einmal, sich diese Technologie aus der Liquidationsmasse zu sichern. Letztlich ist für die mittelständisch geprägte deutsche Solarindustrie der algerische Partner zu unberechenbar und zu langsam, weshalb Investitionen in den Nachbarländern vorgezogen werden.

Dies wäre der Ansatzpunkt für eine deutsch-algerische Energiepartnerschaft im Bereich der erneuerbaren Energien, welche das Risiko für Investitionen für deutsche Unternehmen absichern könnte. In einem ersten Zeitabschnitt könnte diese Energiepartnerschaft zu einer Umstrukturierung der algerischen Energiegewinnung führen, um das wertvolle Erdöl und Erdgas einzusparen. Parallel könnte auch eine Stromleitung von Europa in den südlichen Mittelmeerraum das europäische Überangebot nach Algerien steuern. Später könnte dann algerische Energie aus erneuerbaren Quellen exportiert werden und so Europas Abhängigkeit von Kohle und Atom gesenkt werden.

Hierfür müssten neben den algerischen Eliten aber auch die europäischen Partner gewonnen werden. Zumindest für eine Stromtrasse über Italien nach Algerien erscheint dies machbar.

## ***Energiepartnerschaft als Sicherheitsgarant***

Die genannte Energiepartnerschaft könnte auch als Baustein einer sinnvollen Sicherheitspartnerschaft angesehen werden, da sie einige Gründe der Sicherheitsprobleme im Maghreb betrifft.

Zur Zeit basiert die deutsch-algerische Sicherheitspartnerschaft auf der Ausbildung von Militärs und dem Verkauf von Rüstung aller Art. Algerien ist hier ein wichtiger Handelspartner der deutschen Rüstungsindustrie geworden. Algeriens gigantische Rüstungsinvestitionen werden das Land jedoch nicht vor den wirtschaftlichen, insbesondere energetischen Herausforderungen der nächsten 15 Jahre retten.

Sinnvoller wäre es die noch zu entwickelnde Energiepartnerschaft auch in eine Wirtschaftspartnerschaft münden zu lassen, damit das Land seiner Abhängigkeit vom Erdöllexport rechtzeitig entkommt. Dies scheitert zur Zeit am Reformunwillen des Regimes, insbesondere aber auch an der algerischen Verwaltung, die wiederum den Anordnungen ihrer Minister trotz. Ein weiterer Grund für das Scheitern ist auch das Desinteresse Deutschlands, das die Bedeutung von Stabilität im Maghreb für die Stabilität Europas noch nicht erkannt hat.



## Fazit

---

Spätestens wenn der Erdöl- und Erdgasexport, der derzeit 99,6 % des Exports Algeriens ausmacht, einbricht, wird Algerien sich dramatisch reformieren müssen, was nicht nur für Frankreich aber auch für andere südeuropäische Staaten zu wachsenden Sicherheits- und Immigrationsproblemen führen würde.

Die deutsch-algerischen Beziehungen haben ein großes, bis heute leider noch nicht ausgeschöpftes Potential. An einer verstärkten Nutzung dieses Potentials hätte auch Frankreich ein Interesse, da es bereits jetzt in seiner Rolle als Schutzmacht in Nord- und Zentralafrika wirtschaftlich wie militärisch überfordert ist. Hinzu kommt, dass die derzeit zu erwartende Wirtschaftskrise Algeriens ein erhebliches Sicherheitsproblem für alle Mittelmeerstaaten darstellen wird.

Auf den kommenden Umbruch in Algerien ist Europa nicht bzw. schlecht vorbereitet.<sup>3</sup> Die Entwicklung neuer Strategien ist unabdingbar.

---

<sup>3</sup> Siehe Wolfram Lacher, « Der rätselhafte Nachbar Algerien », *Kurz gesagt*, Stiftung Wissenschaft und Politik, 16/07/2013, <<http://www.swpberlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/der-raetselhafte-nachbar-algerien.html>> (abgerufen am 18/03/2014).

# Notes du Cerfa

---

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

## **Letzte Veröffentlichungen des Cerfa**

Marwan Abou-Taam, *Le salafisme en Allemagne : un défi pour la démocratie*, « Note du Cerfa », n° 110, mars 2014.

Dominik Tolksdorf, *UE, Russie et Partenariat oriental : quelles dynamiques sous le nouveau gouvernement allemand ?*, « Note du Cerfa », n° 109, février 2014.

Patrick Allard, *De l'Allemagne et de son économie*, « Note du Cerfa », n° 108, janvier 2014.

Ulrich Eith, *L'Allemagne après les élections fédérales du 22 septembre 2013 : Entre continuité et changements structurels*, « Note du Cerfa », n° 107, décembre 2013.

Yves Pascouau, *Le paquet « gouvernance Schengen » : les équilibres subtils entre méthode communautaire et logique intergouvernementale*, « Note du Cerfa », n° 106, décembre 2013.

# Das Cerfa

---

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et européennes und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Dr. Yann-Sven Rittelmeyer arbeitet dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist für die „Notes du Cerfa“ und die „Visions franco-allemandes“ zuständig. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ zuständig.